

Die neuen Kriege

Vortrag von Stefan Leibold auf der Diözesanversammlung 2003

1) Warlordisierung und Kriegsökonomien

Haben Sie heute schon mit dem Handy telefoniert? Wussten Sie, dass Ihr Handy die Legierung Coltan enthält? Coltan wiederum enthält das seltene und teure Metall Tantal, das in chemischen Anlagen, Computer- und Kommunikationstechnologie verarbeitet wird und vom Pentagon als „strategische Ressource“ eingestuft wird. Tantal findet sich auch in Spielkonsolen und eben Handys. 80 % des Tantals werden in der Demokratischen Republik Kongo abgebaut, hier ist ein lukratives Geschäft zu machen. In der DR Kongo gibt es außerdem noch Diamanten, Gold, Kupfer und Kobalt. In der DR Kongo (dem ehemaligen Zaire) gibt es auch einen blutigen Krieg, der sehr unübersichtlich ist. Es gibt zwar Friedensverhandlungen, diese stocken aber immer wieder. In der DR Kongo stehen Besatzungstruppen anderer Länder und verschiedene Rebellenarmeen.

In vielen (afrikanischen) Ländern kämpfen verschiedene Kriegsherren gegeneinander. Es handelt sich nicht mehr um Kriege zwischen souveränen Nationalstaaten und sie werden nicht mehr von Steuermitteln bezahlt. Den Krieg führen private Akteure; deshalb spricht man heute auch von der *Privatisierung des Krieges*. Es haben sich sogenannte Kriegsökonomien herausgebildet. Für die Kriegsherren besteht die Möglichkeit, große Vermögen anzuhäufen. Warum macht die Bevölkerung das mit, obwohl sie enorme Opfer zu tragen hat? Offenbar ist der Dienst in einer Miliz oder bei einem Warlord für große Teile der Bevölkerung zu einem (und oft dem einzigen) Mittel geworden, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Die Menschen können ein Einkommen erzielen und ein Leben führen, das in einer Friedensökonomie nicht zu realisieren wäre. Die Kriegsbeteiligung der Bevölkerung ist also nicht irrational, sondern rational. Am Export der erbeuteten Rohstoffe verdient die Bevölkerung allerdings nicht.

Die Ursachen dieser Form der neuen Kriege sind zum einen die neoliberalen Politik der weltweiten Institutionen, z. B. die IWF-Strukturanpassungsmaßnahmen: Die vom IWF aufgestellten Forderungen lauten fast immer: Der Staatshaushalt, die öffentlichen Ausgaben sollen gesenkt werden. Dann werden die sozialen

Sicherungssysteme abgebaut, wodurch die gesellschaftliche Integration immer schwieriger wird. Eine Überlebenssicherung durch Lohnarbeit ist dann kaum möglich. Mittlerweile spielen sich 56 % der weltweiten ökonomischen Aktivitäten nicht im formellen Sektor, sondern informell bzw. im kriminellen Milieu ab („Schattenglobalisierung“)

Zum anderen haben viele Staaten ökonomisch und geostrategisch an Bedeutung verloren. Für die Machteliten werden die Ressourcen knapp, mit denen sie sich politisches Wohlverhalten erkauft haben. Klientelistische Netzwerke zerfallen in rivalisierende Gruppen privater Warlords, die sich blutige Konflikte mit der Regierung und anderen Warlords um die Rohstoffe liefern.

Zum Verhältnis von Globalisierung und Kriegsökonomien: für die Existenz der Kriegsökonomien ist das Andocken an die Friedensökonomien, an die Ökonomien der reichen Staaten existenziell. Wer die Gebiete mit den Bodenschätzen kontrolliert, kann über die Vergabe von Bohr- und Schürfrechten hohe Einnahmen erzielen. Die Märkte der Friedensökonomien, besonders der reichen Staaten sind Absatzmärkte für Rohstoffe, Güter und Menschen aus den Kriegsökonomien. Aus den Erlösen aus dem Handel kann der Krieg finanziert werden.

Noch einmal das Beispiel Kongo: Regierung und Rebellengruppen vergeben Handels-Konzessionen zu Schleuderpreisen: Ölförderlizenzen gehen an Angola, Schürfrechte an Diamanten- und Kobaltminen an Simbabwe, Abbaurechte für Diamanten an Namibia. Uganda verzehnfachte seine Goldexporte – woher kam das Gold? Große Unternehmen treiben mit den Kriegsparteien Handel, sonst gäbe es keine Gewinne. Die USA und Deutschland sind die Wichtigsten Abnehmer von Coltan. Der wichtigste Handelspartner für Coltan ist die Bayer-Tochter H.C. Starck.

Noch einmal zum Mechanismus der neuen Kriege: Rohstoffe werden in den Norden exportiert, diese finanzieren die Waffen, mit denen der Krieg um die Rohstoffe ausgetragen wird. Die Kriegsgewinner haben kein Interesse an der Beendigung des Krieges und am Aufbau einer friedlichen Gesellschaft. Der Norden profitiert doppelt: zum einen über billige Rohstoffe, zum anderen über Waffenverkäufe. Die Gewinne fließen selbstverständlich nicht nach Afrika zurück.

2) Die Kriege der reichen Staaten

„Heiße“ Kriege zwischen den reichen Staaten sind heute unwahrscheinlich. Mit der Internationalisierung des Kapitals und der Produktion tritt die „friedliche“ Eroberung fremder Märkte an die Stelle staatlicher Eroberungen. Außerdem besteht die absolute militärische Überlegenheit der USA. Gegen die USA oder ohne deren Duldung ist kein klassischer Krieg mehr möglich. Stellvertreterkriege sind damit nicht ausgeschlossen. In der DR Kongo wurde Laurent Kabila von den USA unterstützt, weil er US-Firmen die Förderrechte versprach. Ausgeschlossen sind damit auch nicht konkurrierende geostrategische Interessen der reichen Staaten (festzustellen etwa im Jugoslawien-Krieg und in Afghanistan). Im Irak-Krieg ging es auch um Ölkonzessionen, die Saddam Hussein vorher an Russland und Frankreich vergeben hatte. Einige Wissenschaftler sehen eine Kriegsursache in der Tatsache, dass den USA keine produktive Ausweitung mehr möglich ist und sie bei Banken und dem Ausland hoch verschuldet sind. Verliert der Dollar aber an Stärke, drohen ernsthafte finanzielle Probleme. Wer das Öl kontrolliert, kontrolliert alle Ökonomien der Erde und hält die Währung stark. Außerdem ging es offenbar um die Besetzung geostrategischer Positionen gegenüber Russland und China im asiatischen Raum. Die überlegene militärische Macht wird ohne Bedenken eingesetzt. Kooperiert eine Regierung nicht, wird sie leicht zum „Schurkenstaat“. Die Kriege der reichen Staaten lassen sich eher als „militärpolizeiliche Aktionen“ gegen weit unterlegene Gegner verstehen. Dazu gehört auch die Abwehr der Migrations- und Fluchtbewegungen auf die reichen Länder zu. Zum „Krieg“ kann man getrost auch Repression und den Abbau von Bürgerrechten im Innern (Lauschangriffe, Rasterfahndung) zählen. Sollte die Globalisierungskritische Bewegung zu stark werden, ist auch hier mit militärpolizeilichem Einsatz zu rechnen.

3) Terrorismus

Kehrseite dieser neuen Welt-Polizei-Ordnung ist die Zunahme des „Terrorismus“. Dieser resultiert aus der Ohnmacht vieler Menschen im Süden, auch aus der Unterstützung brutaler, diktatorischer Regimes durch den Westen. Terrorismus ist aber keine zwangsläufige Konsequenz der Verarmungsprozesse, sondern profitiert stark von Prozessen ökonomischer und kultureller Demütigung. Terror wird von Intellektuellen systematisch organisiert.

Die Verbindung mit der Globalisierung: Der Terrorismus rekrutiert auf der einen Seite Globalisierungsverlierer (z. B. als Selbstmordattentäter), auf der anderen Seite finanzieren sich terroristische Aktivitäten über Gewinne aus dem Handel, also gerade aus der Integration in die globale Wirtschaft.

Das Ziel des Terrorismus: offenbar soll der westlichen Welt möglichst großer Schaden zugefügt werden. Es gibt kaum eine territoriale Anbindung oder Kontrolle, wie es etwa das Ziel der Warlords ist. Ziel ist nicht der Krieg als Dauerzustand, sondern das Ausführen punktueller Schläge mit hohem symbolischem Wert.

Das Dilemma: Die Kriege der reichen Staaten und Terrorismus legitimieren sich gegenseitig: Die Interessendurchsetzung des Westens bei Bruch des Völkerrechts legitimiert grenzenlose Gewalt auf Seiten der Verlierer. Diese fungiert wiederum als Begründung für den Abbau demokratischer Rechte.

4) Der Hintergrund: Kapitalistische Globalisierung als strukturelle Gewalt

Noch einmal zur Dynamik der neuen Kriege: Die Existenz eines globalen Weltmarkts mit globalem Wettbewerb und eigenes Überleben schließen sich für viele Menschen aus, Globalisierung führt bei den schwachen Staaten zu Zerfallsprozessen. Das Gewinninteresse aus dem Norden hält die Kriegsökonomien am Laufen, viele der Ausgegrenzten verdingen sich bei Kriegsherren. Die Ausgrenzung bildet einen fruchtbaren Nährboden für Terrorismus, der aus den Kriegen der reichen Staaten um Kontrolle von Rohstoffen, Transportwegen und militärischen Einflusszonen in wichtigen Weltregionen und um die Durchsetzung eigener Interessen gegen die der anderen reichen Staaten seine Legitimation bezieht. Eine unfriedliche Welt, diese globalisierte Welt. Wird uns nicht häufig von den „Chancen der Globalisierung“, vom „globalen Dorf“ usw. berichtet?

Gegen ein Zusammenwachsen der Welt ist nichts zu sagen. Aber genau das passiert überhaupt nicht. Vielmehr zeigt ein genauer Blick die Globalisierung als einen Prozess gleichzeitiger „Blockbildung und Fragmentierung“. Der weltweite Handel findet hauptsächlich innerhalb der Triade statt, es kommt zum Zusammenschluss neuer Wirtschaftsräume (bald soll der gesamt-amerikanische Wirtschaftsraum ALCA entstehen), zur Konzentration transnationaler Konzerne durch Übernahmen und Fusionen. Hochtechnologieprodukte und Informationstechnologien werden weitgehend im Norden hergestellt.

Den wirtschaftlichen Blöcken korrespondieren politische (G 8, NATO, EU mit GASP). Wer nicht oben mit dabei ist, hat Pech gehabt. Zwischen den reichen und den armen Ländern geht die Schere auseinander, aber auch innerhalb der Länder, auch in Deutschland (2003 stieg die Zahl der Millionäre in Deutschland auf 755.000). Dabei ist Globalisierung kein Sachzwang, sondern ein politisches Projekt von multinationalen Unternehmen und nationalstaatlichen Regierungen zur Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse mittels einer Deregulierung der internationalen Kapital- und Finanzmärkte, Steuererleichterungen, der Senkung der Lohnquote, der Reduzierung gesicherter Beschäftigungsverhältnisse und durch den Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Wir beobachten heutzutage eine vertikale Nord/Süd-Ost-Spaltung, die sich mit horizontalen Spaltungen in den Staaten verbindet. Es ist ein Irrtum, zu glauben, eine friedliche Regulierung der Welt durch den Kapitalismus sei möglich. Der Kampf um das Eigentum an den Produktionsmitteln und um die Aufrechterhaltung dieses Privateigentums, um die Erschließung neuer Ressourcen und Märkte und die Verteidigung der eigenen Position gegen die Konkurrenten wird brutal geführt. Darüber hinaus erzeugt die damit verbundene Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen aus der Wohlstandswelt, die Verweigerung grundlegender sozialer und politischer Rechte auf Bildung, Arbeit, Gesundheit und Partizipation an den Strukturen, unter denen sie leben müssen, zusätzlich Gewalt. Auch ohne dass jemand eine Waffe in die Hand nimmt, ist die kapitalistische Globalisierung ein Gewaltverhältnis: Die sich vertiefenden Prozesse der Blockbildung und Spaltung rauben den allermeisten Menschen die Möglichkeit, sich entsprechend ihrer jeweiligen Fähigkeiten zu entwickeln und zu entfalten. Dafür hat der norwegische Friedensforscher Johan Galtung einst den Begriff „strukturelle Gewalt“ geprägt. Sie produziert immer mehr radikal an den Rand Gedrängte. Diese Erfahrung fortgesetzter Demütigung kann sich schnell in Gewalt und Hass entladen. Der Zwang, sich gegen die anderen durchsetzen zu müssen, will man nicht dauerhaft zu den Verlierern gehören, erschwert darüber hinaus grundlegend solidarische Potentiale in den globalisierten Gesellschaften.

5) Reflexionen aus jüdisch-christlicher Tradition

Nicht erst der Einsatz militärischer Gewalt wird für ChristInnen zum Problem, sondern bereits das beschriebene strukturelle Gewaltverhältnis. So forderten der ÖRK und der Reformierte Weltbund 1997 und 1998 ihre Mitgliedskirchen auf, an Alternativen

zur neoliberalen Globalisierung zu arbeiten. Sie rufen auf zu einem „Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (processus confessionis) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“.

Bezugspunkte christlicher Praxis sind:

Memoria passionis: Zentraler Bezugspunkt christlicher Veränderungspraxis ist die Sensibilität für eigenes und fremdes Leid. Damit geraten die Opfer manifester und struktureller Gewalt in den Blick. Das Hören auf das Leiden der Opfer ist oft der erste Schritt zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Situation und zur Veränderung. Die jüdisch-christliche Tradition entzündet sich am Leiden unterdrückter Sklaven in Ägypten und ihrem Schrei nach Befreiung. Auch Jesus fällt den römischen Machthabern seiner Zeit zur Last und wird zum Opfer der Gewalt.
Zentraler Maßstab für die Beurteilung der Globalisierung ist die Frage, was sie für die Armen und Ausgegrenzten gebracht hat.

Suche nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit: Aus der Erfahrung von Gewalt, Ausgrenzung und Unterdrückung entwickeln die biblischen Traditionen ihre Hoffnung auf ein anderes, auf ein befreites Leben. Die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit verbindet sich mit der Hoffnung auf Gott und sein Reich, das Jesus verkündet. Im Horizont der Gottesherrschaft hat jeder ein Recht auf Leben, und zwar auf ein „Leben in Fülle“. Jeder Mensch hat das Recht, anerkannt und geliebt zu werden und über sein Leben und das der Gemeinschaft mitzuentscheiden.
Wiederum: Die ersten Gemeinden versuchen, im Gegensatz zu der Realität im römischen Imperium das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu leben. Anstelle von Herrschaft soll der gegenseitige Dienst im Vordergrund stehen.

Gott oder die Götzen: Die Christen sehen sich vor die Wahl gestellt, den römischen Kaiser als gottgleich zu verehren und damit dessen Herrschaft, die auf Unterdrückung und Gewalt beruht, oder den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit. „Woran du dein Herz hängst, das ist dein Gott“ (Luther). Woran hängen wir heute unser Herz? An Wachstum und Wohlstand? An

Nutzenmaximierung und Effizienz? Vertritt das offizielle Christentum eigentlich noch diesen Gott, der „die Mächtigen vom Thron stürzen“ will?

Globalisierung und jüdisch-christliche Tradition: Wie leben die Verlierer? Gefordert ist eine Verurteilung der Spaltung, des vorherrschenden Verwertungsinteresses, der Verweigerung von Lebensrechten und der Wertschätzung der Menschen nach Kaufkraft.

Auftrag an die Christen: „Verlass die Stadt, mein Volk“ (Offb 18,4). Dem Imperium mit seinem Geist und seiner Logik soll widerstanden werden. Lebensräume sollen geschaffen werden, in denen Leiden erinnert, Hoffnungen zur Sprache gebracht und Alternativen entwickelt werden können. Gefordert ist also:

- eine Kritik an der kapitalistischen Globalisierung von der Wurzel her
- Solidarität mit den Opfern der neuen Kriege, besonders mit den zahlreichen Flüchtlingen
- eine Kritik des Terrorismus, aber auch der weit mehr Opfer fordernden Kriege der reichen Staaten
- Schritte der Versöhnung, z. B. durch Friedensdienste
- Vorschläge für eine neue Weltwirtschaftsordnung